



BMW-Motorradtest

BMW

Pannen bei Motorradbremsen

Motorradhersteller BMW hat offenbar erhebliche Probleme mit seinen Bremsystemen. Das sogenannte Integral-ABS verstärkt die Bremskraft elektrisch und soll ein Blockieren der Räder verhindern. Mit diesem System sind schon über 200 000 Maschinen der schweren Baureihen ausgestattet. Nachdem bei Sicherheitslehrgängen des ADAC zwei Teilnehmer mit ihren BMW-Maschinen gestürzt waren, forderte der Verband eine Erklärung. BMW beteuert, das Bremstraining stelle eine „Sondersituation“ dar, denn die mehrfachen Vollbremsungen führten zu „extrem hohem Strombedarf“. Die Batterie werde überlastet, Bremskraftverstärkung und ABS-Funktion fielen in der Folge aus. Mehr als 20 Fahrer haben nach Auskunft des Herstellers bisher Probleme mit der Bremsanlage beklagt. So berichtet ein Mainzer Fahrlehrer, auch bei seinem BMW-Motorrad seien plötzlich Bremskraftverstärkung und ABS ausgefallen. Im ersten Moment erscheine die Bremse total defekt. Sie reagiere erst auf sehr starken Hebeldruck und sei nur schwer dosierbar. Ein anderer BMW-Kunde zeigte den Hersteller nach einer ähnlichen Erfahrung an. Die Münchner Staatsanwaltschaft nahm Ermittlungen auf. Der Kläger verweist auf eine interne E-Mail, in der sich Robert Kahlenberg, Leiter der Qualitätssicherung bei BMW Motorrad, über den „unbefriedigenden Zustand der Komplexität unseres Bremsystems“ beschwert. Einfach sei das Problem kaum zu lösen. „Eine Fehlerfreiheit der gesamten Produktion ist nicht sicherstellbar. Das System ist in seinen Auswirkungen und Rückfallebenen ungenügend konzipiert“, schreibt Kahlenberg.

KUNSTLE / MPI

Juristisches Nachspiel für Staatsanwaltschaft

DEUTSCHE TELEKOM

Für die Bonner Staatsanwaltschaft wird das inzwischen förmlich eingestellte Verfahren gegen Manager der Deutschen Telekom AG ein juristisches Nachspiel haben. Gegen die Manager wurde wegen des Verdachts der Falschbilanzierung im Zusammenhang mit der umstrittenen Immobilienbewertung ermittelt. Der ehemalige Telekom-Vorstand Joachim Kröske will nun eine Amtshaftungsklage beim Düsseldorfer Landgericht einreichen. Darin erheben Kröske und sein Anwalt Thomas Knieirim schwere Anschuldigungen gegen die Bonner Staatsanwälte. Im fünfjährigen Verfahren seien „Ermittlungsinhalte verfälscht“, „Begründungen konstruiert“ und „Sachverständigen-gutachten willkürlich ausgelegt“ worden. Vorgesetzte Beamte der Bonner Fahnder, darunter der Generalstaatsanwalt in Köln, seien durch „unvertretbar falsche Berichte“ über die Ermittlungsergebnisse getäuscht worden. Kröske fordert ein Schmerzensgeld in Höhe von 50 000 Euro. Er hatte einer Einstellung des Verfahrens gegen Zahlung einer Geldbuße von 250 000 Euro in den vergangenen Tagen auf Drängen der Telekom und unter der Voraussetzung zugestimmt, dass der Telefonmulti die Strafe bezahlt. Die Bonner Staatsanwaltschaft will nicht Stellung nehmen, bevor ihr die Klageschrift vorliegt.



Kröske

TELEKOM / DPA

LUFTHANSA

Rückzug aus der Region

Die Deutsche Lufthansa will sich in den kommenden Jahren verstärkt auf Flughäfen wie Berlin, Düsseldorf oder Hamburg konzentrieren. Ziel ist es, den innerdeutschen und europäischen Verkehr rentabler zu machen und der wachsenden Billigkonkurrenz zu trotzen. Das geht aus Berichten der Mitarbeiterzeitung „Lufthanseat“ hervor, die erstmals Details der Vorstandspläne zur Neuordnung des Kurz- und Mittelstreckenverkehrs offenbaren. Das Projekt mit dem internen Arbeitstitel „Zukunft Kont“ sieht unter anderem vor, Einsatzstandorte für das Bordpersonal in Bremen, Köln, Han-



OLIVER BERG / DPA

nover und Nürnberg zum März nächsten Jahres zu schließen. Die regionalen Dependancen waren Anfang der neunziger Jahre eingerichtet worden. Sie waren damals nötig, um innerdeutsche Strecken abseits der großen Verkehrsdrehscheiben Frankfurt und München im Pendelverkehr zu bedienen. Doch seit immer mehr Nebenrouten wegfallen oder an Tochterfirmen wie Eurowings, Germanwings oder City Line vergeben wurden, besteht für den Einsatz von Lufthansa-Stewardessen oder Bodenhostessen an dezentralen Flughäfen immer weniger Bedarf. Den betroffenen rund 300 Kabinen- und Bodenmitarbeitern sollen nun Ersatzjobs an anderen Lufthansa-Standorten oder Abfindungen angeboten werden.